

## Antrag

der AfD-Fraktion

### **Für die Kernenergie - keine Experimente mit der Versorgungssicherheit**

Der Landtag stellt fest:

Das Marktforschungsinstitut EuPD Research<sup>1</sup> warnt vor einer massiven Stromlücke in Deutschland bereits im Jahr 2022, die laut Einschätzung der Forscher nur durch Stromimporte ausgeglichen werden kann. Das Bonner Institut prognostiziert, dass Deutschland im Jahr 2023 seinen Strombedarf auch mit Importen nur noch zu 80 Prozent decken können wird.

Eine Laufzeitverlängerung von Kernkraftwerken wird damit unausweichlich.

Auch die Übertragungsnetzbetreiber prognostizieren eine massive Unterdeckung an Strom ab dem Jahr 2022.

Der Landtag möge beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, sich mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln auf Bundesebene dafür einzusetzen,

1. dass schnellstmöglich eine Überprüfung darüber herbeigeführt wird, ob die noch im Leistungsbetrieb befindlichen Kernkraftwerke gemäß den Zulassungsbestimmungen und unter Wegfall der Restlaufzeit- und Strommengenbegrenzungen nach dem 31. Dezember 2022 weiter am Stromnetz verbleiben können;
2. dass das Atomgesetz (AtG) dahingehend geändert wird, dass die noch am Netz befindlichen Kernkraftwerke nach der Einstellung des Leistungsbetriebes zur Gewährleistung der Sicherheit des Elektrizitätsversorgungssystems als Reserve vorgehalten werden können.

---

<sup>1</sup> Bundesverband Solarwirtschaft e. V., EUPD Research: Stromlücke im Jahr 2022 könnte Kohleausstieg verzögern (2. Dezember 2020), in: Solarserver.de <https://www.solarserver.de/2020/12/02/eupd-research-strom-luecke-im-jahr-2022-koennte-kohleausstieg-verzoegern/>, abgerufen am 20. Oktober 2021.

Begründung:

Bereits im letztjährigen Bericht zur Leistungsbilanz von 2017 bis 2021 wird durch die Übertragungsnetzbetreiber darauf hingewiesen, dass Deutschland im Jahr 2021 in einer kritischen Situation den Strombedarf aus inländischen Erzeugungsanlagen nicht decken können wird und auf Stromimporte aus dem Ausland angewiesen sein könnte.

Je nach Szenario kann demnach die Unterdeckung an gesicherter Leistung zwischen 2,4 und 5,5 Gigawatt betragen. Im aktuellen Bericht für den Betrachtungszeitraum 2018 bis 2022, der erstmals den Kohleausstieg in den Prognosehorizont mit einbezieht, wird im ungünstigsten Szenario (Dunkelflaute, hohe Spitzenlast und hohe Nichtverfügbarkeit von Großkraftwerken) für 2022 eine Stromunterdeckung von 7,2 Gigawatt vorausgesagt.<sup>2</sup> In diesem Fall wäre Deutschland auf erhebliche Stromimporte aus dem Ausland angewiesen - allerdings ohne Garantie, dass die Unterdeckung über das europäische Stromverbundnetz ausgeglichen werden könnte.

Mithin ist zu beachten, dass durch die Netzbetreiber im Rahmen der Leistungsbilanz keine Untersuchung des Übertragungs- und Verteilnetzes erfolgt ist. Selbst wenn genügend Erzeugungsleistung vorhanden wäre, so wurde nicht analysiert, ob das Stromnetz die Leistung zwischen Erzeuger und Verbraucher auch übertragen kann. Gleichwohl wird darauf hingewiesen, dass diese Analyse zur Beurteilung der Versorgungssicherheit zwingend notwendig sei. Vor dem Hintergrund der drohenden Stromlücke und der Wissensdefizite ist ein weiterer Zubau von fluktuierenden Erneuerbaren Energien bei gleichzeitiger Abschaltung grundlastfähiger Kapazitäten verantwortungslos, denn die Folgen eines größeren Stromausfalls sind der Bundesregierung wohlbekannt. In einem 2011 erschienenen Bericht des Büros für Technikfolgen-Abschätzung beim Deutschen Bundestag (TAB) heißt es unter anderem: „Die Folgenanalysen haben gezeigt, dass bereits nach wenigen Tagen im betroffenen Gebiet die flächendeckende und bedarfsgerechte Versorgung der Bevölkerung mit (lebens)notwendigen Gütern und Dienstleistungen nicht mehr sicherzustellen ist. Die öffentliche Sicherheit ist gefährdet, der grundgesetzlich verankerten Schutzpflicht für Leib und Leben seiner Bürger kann der Staat nicht mehr gerecht werden. Damit verlöre er auch eine seiner wichtigsten Ressourcen – das Vertrauen seiner Bürger. Die Wahrscheinlichkeit eines langandauernden und das Gebiet mehrerer Bundesländer betreffenden Stromausfalls mag gering sein. Träte dieser Fall aber ein, kämen die dadurch ausgelösten Folgen einer nationalen Katastrophe gleich. Diese wäre selbst durch eine Mobilisierung aller internen und externen Kräfte und Ressourcen nicht ‚beherrschbar‘, allenfalls zu mildern.“<sup>3</sup>

Die Stromerzeugung und der Verbrauch können durch Erneuerbare Energien wie Wind- und Solarenergie nicht synchronisiert werden. Im Gegenteil: Mit dem stetig steigenden Anteil von nicht grundlastfähigen Erneuerbaren Energien und mit fehlenden großtechnischen Speicherkapazitäten wird die Versorgungs- und Netzsicherheit immer stärker gefährdet.

---

<sup>2</sup> 50Hertz Transmission GmbH u.a., Bericht der deutschen Übertragungsnetzbetreiber zur Leistungsbilanz 2018-2022 (18. Februar 2020), S.3, [https://www.netztransparenz.de/portals/1/Bericht\\_zur\\_Leistungsbilanz\\_2018\\_2022/](https://www.netztransparenz.de/portals/1/Bericht_zur_Leistungsbilanz_2018_2022/), abgerufen am 21. Oktober 2021.

<sup>3</sup> Thomas Petermann u. a., Was bei einem Blackout geschieht, in: Studien des Büros für Technikfolgen-Abschätzung Nr. 33, Berlin 2011, S. 239, <https://www.tab-beim-bundestag.de/de/publikationen/buecher/petermann-et-al-2011-141.pdf>, abgerufen am 25. Oktober 2021.

Das Zieldreieck verantwortungsvoller Energiepolitik besteht aus den Eckpunkten Versorgungssicherheit, Wirtschaftlichkeit und Umweltverträglichkeit. Wind- und Solarenergie decken nur etwa die Hälfte der Verbraucherlast ab und können keinen relevanten Beitrag zur Versorgungssicherheit leisten, sodass die Versorgungssicherheit und die Restlast von den konventionellen Erzeugern getragen werden müssen. Die noch am Netz befindlichen Kernkraftwerke gewährleisten eine günstige, umweltfreundliche und sichere Stromerzeugung. Deutschlands Kernkraftwerke gehören im internationalen Vergleich zu den sichersten weltweit. Bei der Stromerzeugung durch Kernkraftwerke entsteht kein CO<sub>2</sub>. Die Kernenergie ist die kurzfristig einzig verfügbare emissionsfreie Technologie, die sowohl die Stromlücke als auch das prognostizierte Leistungsdefizit ausgleichen kann. Mithin sind die abbeschriebenen Kernkraftwerke die mit Abstand günstigste Erzeugungstechnologie.

Bereits im November 2018 legte die polnische Regierung einen Entwurf zu ihrem nationalen Klimaplan 2040 vor. Darin ist der Bau von sechs neuen Kernkraftwerken vorgesehen. Auch die niederländische Regierung prüft den Bau von neuen Kernkraftwerken. Zudem wollen die europäischen Länder Ungarn, Tschechien, Rumänien, Bulgarien und Frankreich die Kernenergie als Teil der „Europäischen Dekarbonisierung“ festschreiben.

Anders als in Brandenburg hält selbst Ministerpräsident Michael Kretschmer aus Sachsen den Wiedereinstieg in die Kernenergie für denkbar.

Die Frage über den Wiedereinstieg in die Kernenergie stellt sich daher im europäischen Verbund. Die Berichterstattung in Deutschland zur Kernenergie wird dagegen von der vermeintlichen Gefährlichkeit und der ungelösten Endlagerproblematik beherrscht. Die vorgebrachten Argumente sind bei genauer Betrachtung nicht haltbar. Gemessen an der Anzahl (erwarteter) Todesfälle pro Terawattstunde (1.000.000.000 Kilowattstunden), schneidet die Kernenergie auch unter Berücksichtigung der pessimistischsten Langzeitszenarien von Reaktorunglücken mit verhältnismäßig wenig Opfern sehr gut ab. Nach einigen Studien ist die Kernenergie sogar die sicherste Technologie.<sup>4</sup>

Modernste Kernreaktoren, wie sie in einigen Ländern eingesetzt werden, können die Reststoffe bereits anteilig recyceln. Aussichtsreiche Konzepte (Reaktoren der Generation IV) könnten Endlager zukünftig sogar überflüssig machen.

---

<sup>4</sup> James Conca, How Deadly is Your Kilowatt (10. Juni 2012), in: Forbes, <https://www.forbes.com/sites/james-conca/2012/06/10/energys-deathprint/> und Jan Beranek, Deaths and energy technologies (15. April 2021), in: Greenpeace International, <https://archive.is/TGtcP>, abgerufen am 26. Oktober 2021.